
Vorbemerkungen zur Einleitung

Dem Gedankengang, der in den vierzehn Kapiteln dieses Buches vorgetragen wird, wohnt eine systematische These inne, die sich nur geschichtlich explizieren lässt. Sie lautet, dass der Bruch, der die politische Ethik der Neuzeit von den ihr vorangegangenen Positionen trennt, die klassischen Denkfiguren des »von Natur aus Rechten« und des »guten Lebens« im Sinne der *eudaimonia* nicht mit umfasst, sondern dass das, was *aus diesem Bruch* und das, *woraus er* hervorgegangen ist, gerade durch sie miteinander vermittelt und er also durch diese Denkfiguren in einer bis heute wirksamen Weise überbrückt worden ist.

Die hier entwickelte These lautet darüber hinaus, dass man überhaupt nur von der mit Hilfe dieser Denkfiguren nachvollziehbaren Brücke her präzise verstehen kann, worin der Bruch wirklich besteht. Man kann, pointiert gesagt, unsere heute maßgebliche politische Ethik nicht auf Platon und Aristoteles stützen, aber man kann sie, ohne Platon und Aristoteles zu kennen, gar nicht verstehen. Darum verfolgen wir hier eine *Spur*, die zur klassischen, auf Metaphysik und Teleologie gegründeten politischen Ethik zurückführt und die vor der sie beständig bedrohenden Gefahr ihrer Verwischung nach zwei Seiten hin bewahrt werden muss. Denn man kann diese Spur verwischen, indem man sie ignoriert und alles das, was die ethische Verantwortung im heutigen politischen Leben trägt, für eine Erfindung der »Moderne« oder der »Aufklärung« hält; aber man kann sie auch dadurch verwischen, dass man von dem her, wohin sie uns zurückführt, den Bruch, ohne den sie eben nicht »Spur« wäre, rückgängig zu machen bestrebt ist. Wobei die letztere Gefahr vielleicht sogar die größere, weil schwerer zu fassende und im Wesen zum Totalitarismus hin offenere ist. Gerade weil Moderne und Aufklärung nicht auf der Beseitigung dessen, was ihnen geschichtlich zugrunde liegt, basieren, sondern eben auf seiner Modernisierung und auf der Aufklärung darüber, sind sie von einer bestimmten Weise aggressiv-stupider Nostalgie bedroht, die sich der Motive bedient, die man ihren Vertretern leichtfertig zur Fledderei überlässt, wenn man das von Natur aus

Rechte und das humane Streben nach einem gelingenden Leben für überwundene Relikte eines obsolet gewordenen historischen Hintergrundes unseres heutigen politischen Lebens hält.

Nostalgisch in diesem gefährlichen, aggressiv-stupiden Sinne ist nicht der Konservatismus, der – wie die gesamte Differenz von »rechts« und »links« – Komponente eines ganz und gar der Moderne zugehörigen Koordinatensystems politischer Identität ist, sondern es sind Kräfte, die sich der Motive des Natürlichen und des Humanen so bedienen wollen, als seien dies Legitimationsquellen politischen Handelns jenseits des institutionellen Gefüges des modernen Verfassungsstaates, Motive seiner möglichen Delegitimation und revolutionären – bis hin zur terroristischen – Infragestellung. Nur wenn wir begreifen, dass unser Staat seine ethische Legitimation indirekt, aber wesentlich auf das von Natur aus Rechte und auf das Streben jedes Menschen nach einem gelingenden Leben stützt, können wir der Gefahr begegnen, dass eine selbsternannte Avantgarde sich dieser Motive bedient, um die geistige Lunte an seine Konstitution zu legen. Was an den Konzepten von »Natur« und »Tugend« explosiv ist, das hat sich unüberbietbar in den Erscheinungsformen des jakobinischen Terrors gezeigt, die bis heute weiterwirken in den unausrottbaren Attitüden derer, die besser als wir selbst zu wissen behaupten, was die Bürger eines modernen Rechtsstaates der Natur und der Humanität angeblich schuldig sind.

Wer sich diesen Schuh nicht anziehen will, der muss sich selbst darüber aufklären, wo genau der Ort ist, an dem im bürgerlichen Verfassungsstaat das Natürliche und das Humane ihre legitime – und das kann nur heißen: ihre ihn immer noch wesentlich legitimierende – Substanz entfalten. Eben diesen Ort betrifft die These, die in diesem Buch vorgetragen werden soll. Der Platz, an dem die in ihrem Ursprung vormodernen Konzepte des von Natur aus Rechten und des vorbildlich-gelingenden menschlichen Lebens im modernen, auf prinzipiell nicht vormodernen Denkfiguren wie Menschenrecht und Menschenwürde basierenden Verständnis politischer Ethik ihre Substanz entfalten: das ist *der demokratische Streit um die richtige, die gute Gesetzgebung*, insofern er in den verfassungsmäßig definierten Grenzen dessen, was sich überhaupt durch demokratische Mehrheitsentscheidung legitimieren lässt, geführt wird.

Weil die uns hier zu lesen gegebene Spur also wesentlich eine geschichtliche ist, muss und soll sie in den folgenden Kapiteln geschichtlich rekonstruiert werden. Was hier nicht einmal im Ansatz vorgelegt werden soll, wäre der Grundriss einer Geschichte der politischen Ethik als ganzer. Worum es ebenso wenig geht, ist das Verhältnis von Politik und Moral. Wir sprechen nicht über die Diskrepanz, die zwischen den Ansprüchen der ethischen Reflexion und der politischen Wirklichkeit besteht, sondern beschränken uns auf die Rekonstruktion eben des Anspruchs der politischen Ethik und des Ortes, an dem er sich im Sinne politischer Rationalität innerhalb unserer Ordnung zu begründen und zu bewähren hat. »Normativ« an dem, was hier vorgetragen wird, ist nun allerdings ganz eminent die These, dass dieser Anspruch der politischen Ethik im demokratischen Parteienstreit nicht etwa nur berücksichtigt oder befolgt zu werden hätte, sondern dass

er gerade in ihm und im Kern sogar – verbunden mit dem Respekt vor seinen Grenzen – *nur in ihm* expliziert und bewältigt werden kann. Ja, der Staat, in dem wir leben, trägt in sich die existenzielle Voraussetzung, dass sich die ihn gestaltenden Entscheidungsträger der ihnen durch ihn aufgegebenen ethischen Verantwortung bewusst sind und sie verstehen. Wer unserem Gedankengang folgen will, muss sich von Anfang an klarmachen, wie himmelweit sich diese Forderung nach dem Bewusstsein für die ethische Verantwortung der demokratischen Politik von jedem – an sich natürlich respektablen – Anspruch an die moralische Qualität des Politikers im demokratischen Rechtsstaat unterscheidet. So wenig die Gültigkeit des von ihm gespendeten Sakraments durch die Moralität des es spendenden Priesters bedingt ist, so wenig hängt die Fähigkeit des Politikers oder des Verfassungsrichters, das Gute zum Prinzip der Gesetzgebung zu machen, an der moralischen Dignität, die ihm seine Mitbürger zuzugestehen geneigt sind. Es ist nicht der Staats-, sondern der Spießbürger, der den Ort, an dem sich der ethische Anspruch seines Gemeinwesens zu bewähren hat, im Schlafzimmer oder in der Mülltonne seiner Politiker aufspüren möchte. Aber es ist der Staatsbürger und nicht der weltanschaulich geprägte Ideologe, der vom Politiker im demokratischen Verfassungsstaat zu Recht fordert, dass dieser sein politisches Handeln an dem auszurichten hat, was wir als Ziel und Inhalt eines guten, gelingenden Lebens verstehen. Dass der Begriff des natürlichen Gesetzes zur Explikation eben dieser Forderung eine geschichtlich zentrale Schaltstelle zwischen Antike und Moderne bedeutet, versuchen wir in dem hier vorgetragenen Gedankengang insbesondere an der Position von Thomas Hobbes aufzuzeigen. Der blinde Fleck, den sie in dieser Hinsicht bis heute für die Tradition der politischen Ethik bildet, ist aller Beleuchtung wert.

Der gute Staat

Politische Ethik von Platon bis zur Gegenwart

Schweidler, W.

2014, XIV, 263 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-03126-8